



Köln, den 08.11.2024

Erklärung der Deutschen Sektion des Rates der Gemeinden und Regionen Europas (RGRE) zur Situation in der Türkei

1. Die Deutsche Sektion des RGRE weist darauf hin, dass von den aktuellen Entwicklungen in der Türkei auch die rund 100 deutsch-türkischen kommunalen Partnerschaften betroffen sind. Diese sind eine gute Basis für den deutsch-türkischen Dialog auf kommunaler Ebene, der in der jetzigen Situation von besonderer Bedeutung ist.
2. Die Basis einer stabilen demokratischen Staatsordnung ist die kommunale Selbstverwaltung, deren Fundament das freie Wahlmandat der Vertreter und Vertreterinnen der Bürger und Bürgerinnen auf kommunaler Ebene ist.
3. Die Deutsche Sektion des RGRE stellt fest, dass vor dem Hintergrund zahlreicher Verhaftungen von Kommunalpolitikern und Kommunalpolitikerinnen sowie der Amtsenthebungen von Bürgermeistern und Bürgermeisterinnen die kommunale Demokratie und die kommunale Selbstverwaltung Schaden genommen haben. Sie erklärt ihre volle Solidarität mit diesen verhafteten oder amtsenthobenen Kommunalpolitikern und Kommunalpolitikerinnen.
4. Sie betont, dass demokratisch legitimierte türkische Kommunen und türkische Kommunalpolitiker und Kommunalpolitikerinnen mit dazu beizutragen, Demokratie, Rechtsstaatlichkeit und Freiheitsrechte zu schützen.
5. Die Deutsche Sektion des RGRE unterstützt angesichts dessen die jüngst seitens des Europarates getroffene Beschlussfassung zu einer vollen Beobachtung der Türkei.
6. Die Deutsche Sektion des RGRE fordert von der türkischen Regierung, die Grundlagen der kommunalen Selbstverwaltung und der kommunalen Demokratie auf der Grundlage der Europäischen Charta der kommunalen Selbstverwaltung zu achten.
7. Die Deutsche Sektion des RGRE spricht sich gegen jegliche Form staatlich verantworteter Einflussnahme auf türkische Gemeinschaften in Deutschland aus.